



Kommunalwahlprogramm. Die Linke Erfurt.

“Miteinander. Füreinander. Erfurt 2030.”

Lang-Wahlprogramm

Gliederung

1. Unsere Ideen für Erfurt 2030. Miteinander. Füreinander.	2
2. Modernisierungsjahrzehnt für Erfurt. Unsere Schwerpunkte.	3
3. Wohnen und Öffentlicher Raum	4
4. Schule und Bildung	8
5. Verkehr und Mobilität	11
6. Klima und Umwelt	14
7. Kinder, Jugend, Familien und Senior:innen	16
8. Kultur, Freizeit und Sport	19
9. Arbeit und Wirtschaft	22
10. Verwaltung und Digitalisierung	26
11. Gleichstellung, Inklusion und Diversität	27
12. Ordnung und Sicherheit	31
13. Beteiligung, Ortsteile und Bürger:innenservice	33
14. Frieden und Antifaschismus	35

1. Unsere Ideen für Erfurt 2030. Miteinander. Füreinander.

Erfurt ist unser Zuhause und eine tolle Stadt, aber es sind auch eine Menge Dinge liegen geblieben, die wir nur durch eine starke Linke im Stadtrat und einen neuen Erfurter Oberbürgermeister verändern können.

Es gibt einen Mangel an bezahlbarem Wohnraum, viele städtische Leistungen werden immer teurer. Manche Freizeiteinrichtungen wie die ega, der Zoo und andere sind gar von der Schließung bedroht. Die Linke will den Nahverkehr bis 2030 kostenfrei machen, die Schulsanierung mit Hochdruck vorantreiben, deutlich mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen, die Verwaltung vom Kopf auf die Füße stellen und mit mehr Personal ausstatten sowie digitalisieren, damit sie ihren vielfältigen Aufgaben besser gerecht werden kann. Außerdem braucht Erfurt mehr Grün zur Erholung im Umfeld der Neubaugebiete, den Erhalt der ega und anderer wichtiger Freizeitangebote, und zwar zu für alle erschwinglichen Preisen. In der Stadt können wir soziale und ökologische Ziele zum Nutzen vieler Menschen verbinden – packen wir es an.

Unser Ziel ist deshalb: Erfurt bis 2030 modernisieren.

2024 geben wir mit der Wahl von Matthias Bärwolff zum Oberbürgermeister und einer starken Stadtratsfraktion der Partei Die Linke den Startschuss für ein Modernisierungsjahrzehnt. Das heißt: Ab 2024 wird Erfurt seine Hausaufgaben machen. Erfurts Stadtverwaltung muss vom Kopf auf die Füße gestellt und endlich zielgerichtet strukturiert werden. Zuständigkeiten müssen gebündelt, die Digitalisierung vorgebracht und Verwaltungsverfahren vereinfacht werden. Sowohl für Projekte der Stadt, als auch für Bürger:innen, Vereine, die Wohnungsgenossenschaften und Unternehmen. Es muss klar sein, wer zuständig und verantwortlich ist. Für ein Modernisierungsjahrzehnt rücken wir die Schulsanierungen, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, die Umsetzung des kostenfreien Nahverkehrs und den Straßenbau in den Mittelpunkt. Wir werden Klimaschutz als soziale Daseinsvorsorge und gebaute Zukunftsinvestition umsetzen und uns darum kümmern, dass die Stadtverwaltung den vielfältigen Ansprüchen der Einwohner:innen gerecht und leistungsfähiger wird. Dazu braucht es einen Oberbürgermeister, der seine Aufgabe als oberster Chef der Verwaltung ernst nimmt, Konflikte zwischen den Ämtern löst und deren unterschiedliche Sichtweisen auflöst.

2030 soll unsere Landeshauptstadt Erfurt eine Stadt für alle sein, eine Stadt die bezahlbar ist und eine Stadt mit einer bürger:innenfreundlichen Verwaltung.

Erfurt soll eine Stadt für die Bewohner:innen sein. Nicht Investor:innen und Unternehmen werden hofiert, sondern Alleinerziehende, Mieter:innen, junge und alte Menschen. Erfurt soll eine Stadt des Für- und Miteinanders sein, ob jung oder alt, ob alteingesessen oder neu hinzugezogen, in der die Leute einander unterstützen. Zusammen sind wir stärker. Die von den Einwohner:innen beauftragte Verwaltung arbeitet nun für die Menschen, weil sie endlich die Möglichkeiten dazu hat. Erfurt ist eine Stadt, deren Bewohner sich ausprobieren können und Neuem gegenüber offenstehen. Ihre Stadt bietet ihnen die Möglichkeiten für ein freies, glückliches und selbstbestimmtes Leben.

Seit vielen Jahren ist Die Linke Erfurt ein verlässlicher Anker für soziale Gerechtigkeit und hat bereits vieles erreicht, was allen Erfurter:innen im täglichen Leben zu Gute kommt. Wir sind weiterhin hoch motiviert, an unserer Vision von einem „Erfurt für alle“ zu arbeiten und sehen viele Chancen und Möglichkeiten für unsere Stadt.

Erfurt braucht dafür einen Oberbürgermeister, der klare Vorstellungen von der Zukunft hat und bereit ist, Entscheidungen zu fällen. Wir schicken dafür in diesem Jahr Matthias Bärwolff ins Rennen, damit wir Erfurt zusammen mit ihm und der Sozialdezernentin Anke Hofmann-Domke und der Stadtratsfraktion mit Katja Maurer und Karola Stange lebenswerter und bezahlbar gestalten können.

Um unseren Plan für Erfurt umzusetzen, haben wir ein tolles Team mit unterschiedlichen Fachkenntnissen aufgestellt sowie Schwerpunkte und zwölf Themenbereiche ausgemacht, die unsere Vorstellungen genauer beschreiben und Ihr Leben verbessern. Dafür bitten wir Sie um Ihre Unterstützung.

2. Modernisierungsjahrzehnt für Erfurt. Unsere Schwerpunkte.

Erfurt muss dringend seine Hausaufgaben machen. Der Wohnungsmangel treibt die Mieten in die Höhe, eine Wohnungsbaustrategie mit der KoWo und den Wohnungsgenossenschaften ist ein geeigneter Weg aus dieser Misere. Unsere Hauptverkehrsstraßen sind in einem erbarmungswürdigen Zustand, der Fokus der Investitionen im Straßenbau muss hin zu den großen Straßen gelenkt werden, wie etwa zur August-Röbling-Straße, der Nordhäuser Straße und der Kranichfelder Straße. Die Umsetzung des Schulbauprogramms kann nur gelingen, wenn der Bau von Schulen und Sporthallen endlich die Priorität bekommt, die sie verdienen; das heißt aber auch, an

anderen Stellen deutlich Nein zu sagen, es braucht keine schillernden Prestigeprojekte mehr. Zusammengefasst lässt sich diese Vorstellung in fünf Schwerpunkten darstellen:

- 1. 550 Mio. € für die Schulsanierung und 100 Mio. € für zwei Schulneubauten.*
- 2. Stadtentwicklung strategisch und konsequent - 5.000 neue Wohnungen für Erfurt.*
- 3. Ausbau der Stadtbahnlinie 9 und ÖPNV ab 2030 kostenfrei.*
- 4. Wohnen muss bezahlbar sein, also Mietendeckel und Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum.*
- 5. Digitalisierung und Organisationsreform in der Stadtverwaltung und Personaloffensive.*

3. Wohnen und Öffentlicher Raum

In den letzten Jahren sind in Erfurt die Mieten deutlich gestiegen. Der derzeitige Oberbürgermeister hat offenbar nicht den Willen, dieses Problem anzupacken, obwohl gutes und bezahlbares Wohnen ein Grundbedürfnis ist. Die Linke will eine Stadt, in der alle Erfurter:innen unabhängig vom Einkommen oder besonderen Anforderungen eine Wohnung in ihrem Wunschviertel finden können. Wir stehen für eine neue Wohnungsbaustrategie, für eine klare Richtung im Stadtplanungsamt, für Projekte mit Genossenschaften, für die Stärkung der KoWo und einfache Verwaltungsabläufe mit klaren Entscheidungen. Wir wollen eine soziale Wohnungspolitik, die den Mietenanstieg und die Zweckentfremdung verhindert. Die gemeinnützigen und nicht profitorientierten Wohnungsunternehmen müssen befähigt werden, mehr Wohnungen zu bauen. Wir wollen leere und ungenutzte Flächen als Wohnraum nutzen und Qualität und Barrierefreiheit steigern.

Der öffentliche Raum gehört allen. Plätze und Parks sollen für alle frei zur Verfügung stehen. Aufenthaltsqualität, Sauberkeit und Sicherheit sind in den öffentlichen Anlagen wichtig, ebenso die barrierefreie oder mindestens barrierearme Erreichbarkeit und Nutzbarkeit. Die einen verweilen gerne am Anger oder auf dem Domplatz, während andere von uns unsere Parks nutzen, um dort zu picknicken, zu spielen oder sich in Ruhe zu sonnen oder Ausflüge an Seen und Wälder zu machen. Unser Erfurt lebt von unserem Treiben und muss für die verschiedenen Interessen Freiraum und Entfaltungsmöglichkeiten bieten.

3.1 Das haben wir bereits erreicht:

- eine Mietpreisbremse für Erfurt auf Landesebene eingeführt,
- für den sozialen Wohnungsbau über das Erfurter Wohnbaulandkonzept eine 20-Prozent-Quote bei größeren Projekten eingerichtet,
- über Programme des Landes gemeinsam mit Wohnungsbauunternehmen barrierefreien und familientauglichen Wohnraum gefördert und geschaffen,
- durch rechtliche Beratung die Neugründung von genossenschaftlichen und ähnlichen Wohnformen unterstützt,
- die AG Wohnungslosigkeit initiiert, die die Versorgung von Menschen ohne festen Wohnsitz neuordnet und sichere Unterkunft schafft,
- die Erarbeitung des Aktionsplans gegen Wohnungslosigkeit und das Netzwerk gegen Wohnungsnot (Verwaltung und freie Träger) unterstützt, das sich Ende letzten Jahres gegründet hat.

3.2 Das haben wir noch vor:

Schaffung von bezahlbarem Wohnraum

- Bau von 5.000 neuen Wohnungen in Erfurt bis 2030, davon mindestens 25 Prozent Sozialwohnungen mit einer möglichst langen Belegungsbindung,
- Wiederbelebung und Ausweitung von öffentlich gefördertem Wohnungsbau in der Hand von genossenschaftlichen und öffentlichen Wohnungsunternehmen
 - o durch Ankauf von Flächen für sozialen, genossenschaftlichen und gemeinschaftlichen Wohnungsbau,
 - o durch Vergabe von Flächen zur Wohnbauentwicklung nach Konzepten und Bevorzugung von nicht-gewinnorientierten Trägern,
 - o durch die Weiterentwicklung der KoWo zur kommunalen Projektentwicklungsgesellschaft,
- Verringerung der Gewerbefläche bei großflächigen Gewerbeansiedlungen von über 6000 qm zu Gunsten von Wohnraum,
- die vertikale Nutzungsmischung von Wohn- und Gewerbeeinheiten,
- die Umnutzung von gewerblichen Leerstand,
- die Überführung von spekulativem Leerstand in die kommunale Hand und Sanierung zu Wohnraum,
- ein Leerstandsverzeichnis, in dem privater Leerstand erfasst wird,
- neue Wohngebäude in städtisch geprägten Ortsteilen möglichst in die Höhe bauen und bestehende aufstocken.

Begrenzung des Mietpreisanstiegs durch:

- ein Privatisierungsverbot kommunaler Wohnungen und Rekommunalisierung von Wohnraum,
- die Nutzung aller Instrumente zu Gunsten der Mieter:innen durch städtebauliche Verträge und die Schaffung von Milieuschutz-Satzungen, um Luxussanierungen in den Vierteln und die Verdrängung von Bewohner:innen zu verhindern,
- die Durchsetzung strikter Verbote von Zweckentfremdungen, das heißt Wohnraum darf nicht in Kurzzeit-Ferienwohnungen umgewandelt werden wie z.B. durch AirBnB oder Erfurt Apartments,
- die Aufdeckung von Pro-forma-Mietverhältnissen und sogenannten „Share-Deals“ (Immobilienhandel mit Tricks zur Vermeidung der Grunderwerbsteuer),
- konsequente Anwendung aller Instrumente des Baurechts,
- zur Verringerung des Wohnraumbedarfs Prüfung von Modellen wie „Wohnen gegen Hilfe“, Verlagerung individuellen Wohnraums auf gemeinschaftliche Räume (z.B. Waschküchen, Trockenräume) und die Förderung von Mehrgenerationenhäusern,
- die Unterstützung von Non-Profit-Organisationen wie das Mietshäuser-Syndikat¹.

Steigerung der Wohnqualität, Barrierefreiheit und Nachhaltigkeit durch

- die Einführung eines Mieter:innentickets als Übergangslösung zum kostenfreien ÖPNV,
- die Abschaffung von Strom-, Wasser- und Energiesperren,
- regelmäßige Sprechstunden von Sozialarbeiter:innen in den Wohnquartieren zur Unterstützung bei der Antragstellung, z.B. Wohngeld, Mietrecht,
- ein gemeinnütziges, internes Wohnungssuchportal bei der KoWo und den WBGs,
- die Beseitigung von Barrieren, die Einrichtung einer Informationsstelle „Barrierefreies Wohnen“ und die Barrierefreiheit von Balkonen bei der KoWo,
- die Begrünung von Fassaden,
- die energetische Sanierung, vor allem bei Fenstern und Außenwänden und damit bessere Isolierung und Dämmung gegen kalte Winter und als Maßnahme gegen zunehmende Hitzeperioden,
- die Zahlung von Zuschüssen für ÖPNV-Abos statt der Parkplatz-Errichtungs-Auflage für Wohnungsneubau.

¹ Das Mietshäuser-Syndikat ist eine kooperativ und nicht-kommerziell organisierte Beteiligungsgesellschaft zum gemeinschaftlichen Erwerb von Häusern, um langfristig bezahlbare Wohnungen und Raum für Initiativen zu schaffen.

Flächen

- Verkaufsstopp städtischer Grundstücke und Immobilien an private, profitorientierte Investoren,
- Vergabe städtischer Flächen nur in Erbpacht statt durch Verkauf,
- eine strategische Liegenschaftspolitik, bei der für die Entwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge benötigte Flächen frühzeitig angekauft werden,
- stärkere Nutzung des Vorkaufsrechts durch die Stadt,
- ein ausgeglichenes Verhältnis von Ver- und Entsiegelung neuer Bodenflächen zur Vermeidung von Hochwasser und Verbesserung der Bodenqualität.

Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum durch:

- die Verdoppelung der Trinkwasserbrunnen im Stadtgebiet,
- die Schaffung von öffentlichen Toiletten im gesamten Stadtgebiet und an beliebten Ausflugsorten,
- die Ausstattung von öffentlichen Plätzen und Treffpunkten mit zusätzlichen Sitzmöglichkeiten, ausreichend Mülleimern sowie intelligente Beleuchtung für die Nacht,
- die Schaffung zusätzlicher Grünbereiche und Spielgelegenheiten,
- die Förderung von politischen und kulturellen Freiräumen für alternative Projekte wie ein „selbstverwaltetes Zentrum“²,
- die Schaffung neuer und Aufwertung bestehender Freiflächen für Hunde, zum Beispiel durch Hundetoiletten und Schaffung von zusätzlichen Hundewiesen,
- Unterstützung von sozialen und kommunikativen Lösungsmechanismen bei Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum, zum Beispiel durch den verstärkten Einsatz von Quartiersmanager:innen und Streetworker:innen,
- die Förderung von einladender Stadtmöblierung statt defensiver Architektur³.

Sonstiges

- stärkere finanzielle Unterstützung von Orts- und Stadtteilstellen, Nachbarschaftsgärten und öffentlichen Begegnungsräumen wie Stadtteilwohnzimmern,

² Die Idee eines selbstverwalteten Zentrums ist, dass Jugendliche und junge Erwachsene ohne Zwang, Druck oder Leitung die Möglichkeit haben, sich in Eigenregie kulturell, politisch und künstlerisch zu betätigen.

³ Defensiver Architektur ist eine anti-soziale Form der Gestaltung des öffentlichen Raums, des Personennahverkehrs und Gebäuden, den Aufenthalt von Obdachlosen und Suchterkrankten zu erschweren.

- Unterstützung des Ausbaus nachbarschaftlicher Strukturen,
- die Umsetzung des Housing-First-Prinzips⁴ bei der Bekämpfung von Obdachlosigkeit.

4. Schule und Bildung

Bildung ist der Grundstein für ein selbstbestimmtes Leben. Dazu gehören für uns gute materielle Voraussetzungen, von barrierefreien Bildungseinrichtungen bis zu kostenlosen Unterrichtsmaterialien und Klassenfahrten. Ebenso gehört dazu ausreichendes und gut ausgebildetes Personal, ein moderner Unterricht und ein faires und anerkennendes Miteinander in unseren Schulen und Kindergärten. In der Bildung ist für die inhaltlichen Aufgaben überwiegend das Land Thüringen zuständig. Die Stadt Erfurt ist jedoch per gesetzlichem Auftrag verpflichtet, die räumlichen und materiellen Voraussetzungen für Bildung zu schaffen. Schulbau hat für Die Linke Erfurt die oberste Priorität, darauf müssen die Prozesse in der Verwaltung, aber auch die finanziellen Rahmenbedingungen ausgerichtet werden. Auch hier braucht es straffe Strukturen und eine klare Richtung; Entscheidungen können nicht weiter in die Zukunft verschoben werden. Bei der Schulnetzplanung sollen das längere gemeinsame Lernen und die Gemeinschaftsschulen von Klasse 1 bis 12 Priorität haben. Als Die Linke setzen wir uns ebenso für mehr Chancengerechtigkeit und bestmögliche Lernbedingungen für Kinder und Jugendliche ein, aber auch für Erwachsene. Denn Lernen beginnt in unseren Kindergärten, setzt sich bis ins hohe Alter fort und endet im Sinne des lebenslangen Lernens nie.

4.1 Das haben wir bereits erreicht:

- Der Stillstand in der Schulsanierung wurde nach über 25 Jahren endlich überwunden, dank des linken Baudezernenten Matthias Bärwolff, der seit 1. März 2021 im Amt ist.
- Es gibt endlich ein Schulbauprogramm und einen verbindlichen und abgestimmten Plan, wie Schulbau und -sanierung abgearbeitet werden sollen.
- Mit der Wahl unseres Baudezernenten hat Erfurt inzwischen rund 65 Millionen Euro in seine Schulen investiert, davon 20 Millionen abgerufene Fördermittel, weitere Investitionen gingen in die Ausstattung der Schulen, vor allem in Digitalisierung und die technischen Endgeräte (Umsetzung des Digitalpakts an 25 Standorten).

⁴ Um obdachlose Menschen zu unterstützen, wird beim Housing-First-Prinzip den Menschen als erste Maßnahme eine Wohnung zur Verfügung gestellt. Ein fester Wohnsitz ist häufig Grundlage für ein Anstellungsverhältnis, wodurch ein Teufelskreis beendet wird.

- Liegendebliebene Aufgaben wurden endlich erledigt und entschieden:
 - o ein Plan zum Neubau der Bergkreisschule in Alach,
 - o ein Plan zum Bau des Schulcampus in der Blumenstraße,
 - o ein Plan zum Bau des Schulcampus Greifswalder Straße,
 - o Planungen für Ausweichquartiere und eine Digitalisierungsstrategie für unsere Schulen.
- Der Schulnetzplan wurde neu aufgestellt, Die Linke hat federführend mitgewirkt, Lösungen im Interesse der Schulen zu erreichen, zum Beispiel durch Erweiterungsbauten in den Schulen von Hochheim, im Gebreite, in der Astrid-Lindgren-Schule und an weiteren Schulstandorten und den Neubau von Schulen in Vieselbach sowie die Sanierung von Schulen in der Albert-Einstein-Straße, im Muldenweg und an insgesamt 16 Standorten.
- Zwei beitragsfreie Kindergartenjahre wurden eingerichtet, mehr Erzieher:innen wurden über die Verbesserung des Betreuungsschlüssels auf Landesebene eingestellt. Das sind wichtige Entlastungen für Eltern und Verbesserungen für Kindergärten in freier und kommunaler Trägerschaft.
- Die Zahl der Schulsozialarbeiter:innen wurde mehr als verdoppelt.
- Zusätzliche Stellen für verwaltungstechnische und pädagogische Assistenzkräfte wurden geschaffen.
- Gegen den Lehrer:innenmangel wurden verbesserte Möglichkeiten für Seiteneinsteiger:innen, Gehaltserhöhungen für Grund- und Regelschullehrer:innen und eine Lehrgewinnungskampagne auf Landesebene geschaffen,
- Ein Modellprojekt für die inklusive Beschulung von Kindern mit Hörbeeinträchtigung wurde in der Gemeinschaftsschule am Roten Berg gestartet.

4.2 Das haben wir noch vor:

Kostenfreie Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule

- Als Zwischenschritt zu kostenlosen Schulmahlzeiten möchten wir einen städtischen Zuschuss für eine gesunde warme Mahlzeit am Tag für alle Kindergartenkinder und alle Schüler:innen; Mahlzeiten sollen priorisiert in Bio-Qualität und von regionalen Erzeuger:innen bezogen werden.
- Fahrtkosten für Klassenfahrten, Schulweg und Schulausflüge sowie ein Budget für Kopierkosten für alle Schüler:innen sollen übernommen werden, damit Schüler:innen und Eltern weniger belastet werden.

- Wir setzen uns auf Landesebene für ein drittes beitragsfreies Kindergartenjahr sowie die Abschaffung der Hortkosten für Eltern ein.
- Wir wollen die Lehr- und Lernmittelfreiheit erhalten und auf den digitalen Bereich ausweiten.

Verbesserung der materiellen Bedingungen für Bildung

- bis 2030 sollen 550 Millionen Euro für die Schulsanierung und 100 Millionen Euro für den Neubau von zwei Schulen zur Verfügung gestellt werden,
- beim Bau neuer Wohnkomplexe sollen neue Schulen und Kitas entstehen,
- alle Schulen sollen mit funktionierendem WLAN und moderner Technik wie Beamern und Smartboards ausgestattet werden.

Verbesserung der Qualität von Bildung und eine gute Schulstruktur

- mindestens ein:e Schulsozialarbeiter:in an jeder Grund-, Förder-, Ober- und Berufsschule und die Etablierung von Schulsozialarbeit auch an Gymnasien,
- Fortschreibung der Schulnetzplanung mit Schwerpunkt auf die Gründung und den Zusammenschluss neuer Gemeinschaftsschulen, damit Schüler:innen länger gemeinschaftlich und inklusiv lernen können,
- Förderung der Inklusion durch die notwendigen baulichen und personellen Voraussetzungen an den allgemeinbildenden Schulen,
- Umsetzung innovativer Lösungen beim Einsatz von Integrations- und Inklusionshelfer:innen an den Schulen, um ein Maximum an Unterstützung und individuell passenden Lösungen zu gewährleisten,
- eine bessere Koordinierung zwischen Schulamt, Schulen und städtischen Behörden für eine stärkere Vernetzung der Schulen mit den Wohngebieten und eine stärkere Unterstützung bei der Bildung der Schulprofile,
- Verstärkung von außerschulischen Bildungsangeboten zu Themen von Demokratie und Nachhaltigkeit an den Schulen,
- Entwicklung außerschulischer Lernorte und praxisnaher Lernmöglichkeiten.

Steigerung der Attraktivität für Studierende und Auszubildende in Erfurt und ein lebendiges Angebot der Erwachsenenbildung:

- zusätzliche Wohnheimplätze als preiswerte Angebote für Studierende und Auszubildende,

- Stärkung des kommunalen Studierendenbeirats, um ein besseres soziales Umfeld für Studierende,
- Etablierung eines Berufsbildungs- und Ausbildungsbeirats in Analogie zum Studierendenbeirat,
- Ausbau der Radwege zwischen Stadtzentrum und den Hochschul- und Ausbildungsstandorten, den Wohnheimen und Berufsschulen und Einrichtung einer Busverbindung zwischen FH und Uni,
- Erhaltung von günstigen Konditionen für das Semesterticket,
- Ansiedlung neuer öffentlicher Forschungseinrichtungen zur Stärkung des Wissenschaftsstandorts Erfurt, die Stärkung Erfurts als Berufsschulstandort und Standort der Meisterausbildung,
- Erweiterung und Bezahlbarkeit der Angebote der Volkshochschule, barrierefreie Gestaltung der Räume und Ausstattung mit zeitgemäßer Technik,
- Sicherung der öffentlichen Bibliotheken und ihres Bestands sowie besucherfreundlicher Öffnungszeiten,
- niederschwelliger Zugang zu Bibliotheken und der Stadtverwaltung durch digitale Angebote.

5. Verkehr und Mobilität

Verkehr und Mobilität sind vor allem soziale Fragen und Fragen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Mobilität ist abhängig vom Geldbeutel und beeinflusst in ihren verschiedenen Formen Mensch, Umwelt, und Klima. Als Die Linke setzen wir uns für eine soziale, zukunftsfeste, klimaneutrale und barrierefreie Mobilität ein. Das heißt mehr Öffentlicher-Personen-Nahverkehr (ÖPNV), mehr Car-Sharing-Angebote und die Stärkung des Rad- und Fußverkehrs. Die Schaffung des kostenfreien öffentlichen Nahverkehrs in Erfurt bis 2030 ist eine unserer zentralen Forderungen auf dem Weg dahin.

5.1 Das haben wir bereits erreicht:

- 9,90 EURO bzw. 29 EURO-Ticket als Dauerprojekt,
- einen höheren Zuschuss der Stadt zum Sozialticket (30 statt 20 Euro pro Monat),
- die kostenlose Fahrt für Kinder, Schüler:innen und Jugendliche mit Bus und Bahn,
- die Anschaffung neuer Busse und Straßenbahnen und den Kauf weiterer Straßenbahnfahrzeuge bei der EVAG,

- den Ausbau wichtiger Radwege und Vernetzungspunkte,
- die Freigabe von Einbahnstraßen für Radfahrer:innen im Gegenverkehr,
- die Ausweitung der Barrierefreiheit von Fahrzeugen und Haltestellen des ÖPNV sowie von Gehwegen und Bordsteinkanten,
- die schrittweise Gestaltung der autofreien Innenstadt (Ausweitung der Begegnungszonen und Einschränkung des Verkehrs am Wenigemarkt),
- die Schaffung von ausreichend Parkplätzen in unmittelbarer Nähe zu Bussen und Bahnen außerhalb der Innenstadt (Großparkplatz hinter Messe, Neubau P+R-Parkplatz „Ringelberg/Leipziger Straße“, P+R-Parkplatz „Weimarer Straße“, Bau eines Baumarkt P+R-Parkplatz),
- die Unterstützung des Radentscheids⁵ und dessen schrittweise Umsetzung,
- die Schaffung neuer Radstellplätze,
- die Erweiterung der Car- und Bikesharingmöglichkeiten und die Bezuschussung von Lastenfahrrädern.

5.2 Das haben wir noch vor:

Stärkung der Nutzer:innenfreundlichkeit, Qualität und Nachhaltigkeit des Erfurter ÖPNV

- die Einführung des kostenfreien ÖPNV bis 2030 und als Zwischenschritt ein stadtweites Sozial- und Mieter:innenticket,
- die Verbesserung der ÖPNV-Anbindung auf den Dörfern am Tage und durch Ruf-Busse/Taxis am Abend sowie die bessere Anbindung von Ortsteilen, neuer und bestehender Wohnquartiere, touristischer Ziele und naher Städte,
- eine neue Busverbindung zwischen FH und Uni,
- die schrittweise Umrüstung der Busflotte auf Elektromobilität und Wasserstoff,
- freies WLAN in allen Fahrzeugen und an allen Haltestellen des ÖPNV,
- eine Personaloffensive und Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei der EVAG, um Fahrer:innen und Angestellte zu entlasten und neue Kapazitäten für Wachstum zu entwickeln.
- die Prüfung neuer Stadtbahnlinien zur Anbindung der Gewerbegebiete im GVZ, in Mittelhausen und Stotternheim.

⁵ In immer mehr Städten in Deutschland schließen sich Menschen in sogenannten Radentscheiden zusammen, um den Radverkehr in ihren Städten voranzubringen und gesetzlich zu verankern. Dabei handelt es sich um Initiativen zur Stärkung des Radverkehrs.

#Die Stärkung des Radverkehrs als bezahlbare und nachhaltige Mobilitätsform

- die Schaffung von 50km neuen Fahrradwegen pro Jahr (davon 25km Neubau und 25km Erweiterung), darunter eine Verbindung vom Moskauer Platz bis zur Zahnklinik, von der Thälmannstraße bis zum Boyneburgufer und die Anbindung aller Ortsteile sowie der großen Gewerbegebiete,
- die Förderung des Radverkehrs mit mindestens 15 Prozent der Straßenbauinvestitionen,
- die Bereitstellung von öffentlichen Luftpumpen und Ladesäulen für Elektro-Fahrräder,
- die Förderung eines Lastenrad-Sharing-Angebots in Erfurt,
- die Einführung städtischer Fahrrad-Selbsthilfewerkstätten mit kostenlosem Basisservice,
- die Bereitstellung neuer Fahrradparkplätze, insbesondere auch für Lastenfahrräder,
- die Auseinandersetzung mit Fahrraddiebstählen und die Evaluierung von geeigneten Gegen-Konzepten.

Als Übergang zur autofreien Innenstadt

- die Weiterentwicklung der autoarmen Innenstadt, deswegen keine neuen Parkhäuser oder andere Anreize für die Einfahrt von PKWs,
- den Verzicht auf die Ausweitung von Einfahrtgenehmigungen,
- die Stärkung von ressourcensparenden Transportmodellen wie Lastenfahrrädern,
- die Durchsetzung von Geschwindigkeitsfestsetzungen auf 30 km/h, auch auf Hauptstraßen,
- Ausbau von P+R-Möglichkeiten und die Einführung eines Kombi-Ticket P+R-ÖPNV,
- Durchsetzung eines Durchfahrverbots für LKW ohne Ziele in der Stadt,
- Stellplatzgebühren in der Innenstadt von 25 Euro pro Monat.

Das Konzept „Stadt der kurzen Wege“ zur Stärkung des Fußverkehrs

- der Ausbau und die Erweiterung von Fußwegen in der Stadt,
- sichere Schulwege und die Schaffung von verkehrssicheren Straßenübergängen und Zonen vor Kindergärten, Schulen, Behörden und Sozialeinrichtungen, zum Beispiel durch Verkehrsinseln, Zebrastreifen, Bodenschwellen und Tempo-30-Zonen,
- die Barrierefreiheit von Gehwegen durch eine gute Begehbarkeit der Fußwege auch für Menschen mit Behinderung und die Beseitigung von Stolperquellen.

Sonstiges

- ausschließlich zivile Nutzung des Flughafens Erfurt und ein generelles Nachtflugverbot,
- Erhebung von Nutzungsgebühren gegenüber Unternehmen, deren Geschäftsmodell auf der Nutzung öffentlicher Straßen und Wege basiert (zum Beispiel durch E-Scooter),
- kein zusätzlicher Strafantrag für Menschen ohne Ticket im ÖPNV durch die EVAG,
- Stärkung von Car- und Bikesharing und die Ausweisung von neuen Stellplätzen im öffentlichen Raum.

6. Klima und Umwelt

Die Folgen des menschengemachten Klimawandels sind bereits gegenwärtig zu spüren und alarmierend, auch in Erfurt - Rekordtemperaturen, heiße und trockene Sommer, Extremwetterereignisse nehmen zu. Als Die Linke sehen wir uns in der Pflicht, darüber aufzuklären und unseren Beitrag zu leisten, die Folgen für Menschen und Stadt zu reduzieren, den Klimawandel aktiv zu bekämpfen und die Verursacher klar zu adressieren. Eine Leugnung gibt es nicht mit uns.

Als Lebensgrundlage und Erholungsquelle schützen wir unsere Umwelt, wollen Parks und Grünanlagen erweitern, den Naturschutz stärken, Müll reduzieren und Pflanzen, Tierarten und Gewässer schützen. Als Schwerpunkt besteht die Aufgabe, dass Erfurt seinen Energieverbrauch effektiver gestaltet und mehr Energie selbst und nachhaltig erzeugt. Klimaschutz geht dabei nur sozialverträglich!

Klima

- die konsequente Realisierung von Maßnahmen des Energie- und Klimaschutzprogramms sowie deren regelmäßige Fortschreibung,
- die Reduzierung der Verkehrsemissionen durch einen ökologischen, nachhaltigen und für alle zugänglichen öffentlichen Personennahverkehr, die Stärkung des Fuß- und Radverkehrs sowie des öffentlichen Car- und Bikesharing-Angebotes,
- die Beibehaltung und Schaffung von Frischluftschneisen und städtischen Kältekonzepten zur besseren Bewältigung von Hitzeperioden,
- die Ausstattung aller neu zu beschaffenden Fahrzeuge der Stadtverwaltung, darunter auch LKW und Spezialfahrzeuge, mit Elektro- oder Wasserstoffmobilität,

- die Schaffung von verbindlichen Standards für klimafreundliche und energieeffiziente Gebäudestrukturen,
- die Förderung und Umsetzung von CO₂-Minderungsmaßnahmen im Stadtgebiet,
- die weitere Unterstützung von Initiativen wie Klimaentscheid, Klimamahnwachen und Fridays for Future.

Energie

- hundertprozentigen Ersatz des hohen Anteils an Energie aus Gaserzeugung durch Ökostrom bei den Stadtwerken Erfurt bis 2040,
- die Stärkung der kostengünstigen und klimafreundlichen Wärmeversorgung durch den Ausbau der Fern- und dezentralisierten Nahwärme,
- mehr Bürger:innenbeteiligung bei den Stadtwerken als Motor der Energiewende,
- die Förderung von öffentlichen und genossenschaftlichen Zusammenschlüssen, die demokratische, nachhaltige und kollektive Energie-Produktionsverhältnisse anstreben,
- die Ausschöpfung des Photovoltaik-Potentials der Stadt, vor allem durch Flächensolaranlagen
- die weitere Ausstattung städtischer Immobilien mit Solaranlagen und die Weiterentwicklung des Erfurter Solarkatasters,
- die Stärkung der ersten „Erfurter Energiegenossenschaft“.

Umwelt/Natur

- die Pflanzung von zusätzlich 5.000 Bäumen pro Jahr und die notwendigen Ersatzpflanzungen von 10.000 Bäumen in der Stadt,
- die Umsetzung des „Masterplan Grün“, der Pflanzen, Tierarten und Gewässer in Erfurt schützt und die Schaffung neuer Freiräume in der Natur sowie die Vermeidung von Flächenversiegelungen vorsieht,
- die Reduktion von Lichtverschmutzung im öffentlichen Raum und die Einsparung von Energiekosten durch den Einsatz von Technologien wie energiesparende LEDs,
- die Errichtung von zusätzlichen Parks und Naherholungsgebieten,
- die Bereitstellung der nötigen Finanzmittel für den Erhalt des Steigerwaldes sowie denkmalgeschützter Parkanlagen,
- die Vermittlung ökologischer Bildungsangebote wie zum Beispiel der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE),

- die Initiierung eines Dialog-Tisches Landwirtschaft – Gartenbau - ländlicher Raum.

Müll

- mindestens ein Drittel neue Mülleimer stadtwweit,
- Ausstattung der öffentlichen Mülleimer mit Körben für Pfandflaschen und ökologischen Hinweisen in verschiedenen Sprachen,
- die Förderung von Abfallvermeidungskonzepten, um den Müll in der Stadt stark zu reduzieren,
- die Wiederverwendung und das Recycling nicht vermeidbarer Abfälle sowie die Stärkung regionaler Wertstoffkreisläufe.

7. Kinder, Jugend, Familien und Senior:innen

Das Wohl von Kindern und Jugendlichen in allen Lebensbereichen ist eine Herzensangelegenheit für Die Linke Erfurt. Wir verstehen Kinder und Jugendliche selbst als Expert*innen ihres Alltags. Gemeinsam mit dem Freistaat Thüringen wurden die finanziellen Mittel erhöht und die Entscheidungen, was mit dem Geld geschehen soll, demokratisiert. Wichtige Einrichtungen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Erfurt wie BÄMM⁶ und das Schüler:innenparlament müssen gestärkt werden.

Ältere Mitmenschen haben das Recht auf ein selbstbestimmtes, würdevolles und erfülltes Leben. Fast ein Drittel der Erfurter*innen sind Senior*innen. Sie haben Teile unserer Stadt aufgebaut, ihre Familien hier gegründet und hier gearbeitet. Damit haben sie den Weg für eine zukunftssträchtige Stadt bereitet. Viele Senior*innen sind bis ins hohe Alter fit und tatkräftig und möchten deswegen Lebenserfahrungen einbringen und am alltäglichen Stadtleben teilnehmen. Die Aufgabe der Stadt ist es, genau dafür geeignete Voraussetzungen zu schaffen.

Das haben wir noch vor:

Kostenfreie Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule

- kostenlose Kindergarten- und Krippenplätze im Wohnumfeld in dem von den Eltern gewünschten Umfang (halb- oder ganztags) unter Berücksichtigung der Schichtarbeitssysteme, das heißt Öffnungszeiten von 5:30 Uhr bis 22:30 Uhr,
- Finanzierung von ausreichend kostenlosen Freizeiteinrichtungen unter

⁶ BÄMM ist die Kinder- und Jugendbeteiligungsstruktur für junge Menschen in der Stadt Erfurt – kurz: „BÄMM! Erfurt“ hat das Ziel, jungen Menschen in Erfurt eine Stimme zu geben. Deswegen steht BÄMM! für:

B – BÄMM!, Ä – Äction, M – Meine, M- Meinung.

Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen, unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse von Mädchen und jungen Frauen,

- umfangreiche Finanzierung und finanzielle Unterstützung von kulturellen Angeboten für Kinder und Jugendliche wie zum Beispiel Ferienfreizeiten, Ferienspielen, Konzerten, Mitmachangeboten usw.

Wohnortnahe Kindergarten- und Schulplätze für alle!

- Sanierung der Kindergarten- und Jugendeinrichtungen und Ausbau der Kapazitäten mit Priorisierung einer kommunalen Trägerschaft,
- neue Kindergärten beim Neubau von Wohnkomplexen,
- Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kindergarten und Hort,
- Anhebung der Gehälter im Sozial- und Erziehungsdienst, Verbesserung von Aus- und Fortbildung müssen verbessert werden.

Wertebezogene Jugendarbeit

- eine solidarische, interkulturelle, demokratiefördernde und geschlechtersensibel ausgerichtete Jugendarbeit, die sich aktiv gegen Antisemitismus, Neonazismus, Rassismus, Sexismus und weitere Formen von Diskriminierung wendet,
- die Förderung selbstorganisierter, selbstverwalteter und alternativer Jugendkultur, unter anderem durch den Erhalt von Freiräumen,
- eine neue nicht kommerzielle Jugendkultureinrichtung als Ersatz für den mittlerweile privatisierten Stadtgarten.

Weitere Ideen und Forderungen

- eine kommunale Initiative zur Wiedereinführung des Wahlalters 14 bei Kommunalwahlen,
- die Einführung der Kindergarten-Sozialarbeit in der Stadt,
- Einführung einer Jugendvertretung in den Beiräten der Stadt,
- die Schaffung eines Kinderparlaments, zusätzlich zum Schüler:innenparlament,
- die zusätzliche Öffnung von Jugendzentren auch am Wochenende,
- die Schaffung eines zweiten Abenteuerspielplatzes im Erfurter Südosten,
- die Anschaffung eines kommunalen Spielmobils⁷.

⁷ Ein Spielmobil ist eine Art "fahrender Spielplatz", der die Form eines Autobusses, Containers, LKW oder Bauwagen haben kann und mit verschiedenen Geräten und Spielmaterialien bestückt ist.

Familien

- die Staffelung der Ermäßigung für den Sozialpass nach Einkommen (100, 75, 50 und 25 Prozent,
- Verstetigung von Beratungsstellen in den Stadtteilen und Anpassung der Öffnungszeiten an die Bürger:innenwünsche,
- zwei Stellen für das Modellprojekt Erwachsenen-Streetwork,
- die Finanzierung einer Sozialmakleragentur⁸.

Senior:innen

- eine Stadt der kurzen Wege (Ärzt:innen, Einkaufsmöglichkeiten und Infrastruktur in der Nähe),
- Erhalt aller kommunalen Senior:innenbegegnungsstätten und Schaffung eines fünften kommunalen Senior:innenclubs,
- die Förderung von barrierefreiem Wohnen für Senior:innen sowie alternativer Wohnformen, z.B. Senior:innen-Wohngemeinschaften und generationsübergreifendes Wohnen,
- die barrierefreie Umgestaltung des öffentlichen Raums, zum Beispiel durch mehr Sitzgelegenheiten, öffentliche Toiletten etc.
- die beratende Stimme der Mitglieder des Seniorenbeirates in den Stadtratsausschüssen,
- ein Senior:innenticket, das Gültigkeit bei der Ega, im Zoo und in den Bädern hat,
- die Schaffung von weiteren Pflegeplätzen, vor allem in nicht-gewinnorientierter Trägerschaft.

Armutsbekämpfung

- Weitere Umsetzung der Landesprogramme zur Armutsbekämpfung in der Stadt (AGATHE, LSZ),
- Verbesserung der Ansprechbarkeit des Jobcenters für betroffene Menschen
- Verzicht auf Sanktionen gegen Bürgergeld-Bezieher:innen,
- Ausweitung des kommunalen Beschäftigungsprogramms zur Stärkung sozialer und ökologischer Aufgaben.

⁸ Eine Einrichtung zur Vermittlung von Organisationen, die sich für unsere Mitmenschen mit körperlichen und geistigen Einschränkungen, für benachteiligte Kinder und wohnungs- oder obdachlose Menschen einsetzen.

8. Kultur, Freizeit und Sport

Für uns als Die Linke sind Kultur und Sport wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge in der Kommune. Unsere Stadt muss für die Kulturarbeitenden wie für die ehrenamtlich Aktiven in den Sport- und Kulturvereinen neben der Anerkennung entsprechende Rahmenbedingungen schaffen. Dazu gehören eine gute und gerechte Förderung, intakte Räume und Anlagen sowie eine Ermöglichungskultur in der Verwaltung, die Projekte und Anliegen proaktiv unterstützt und fördert.

Auch außerhalb kultureller und sportlicher Angebote muss eine lebenswerte Stadt wie Erfurt gute Möglichkeiten zur sinnvollen Freizeitgestaltung bieten: Unsere vielfältige Vereinslandschaft, etwa im Sport- und Kleingartenbereich, ist für das soziale Leben in unserer Stadt wichtig und muss nachhaltig entwickelt und unterstützt werden. Ebenso müssen ega und Zoo als zentrale Freizeitangebote mit Strahlkraft erhalten bleiben. Ziel ist es, allen Menschen in unserer Stadt optimale Chancen und Möglichkeiten der Teilhabe anzubieten, auch und gerade in ihrer Freizeit.

8.1 Das haben wir bereits erreicht:

- wichtige Orte für die Soziokultur gesichert, wie den Zughafen, die Engelsburg und das Schauspielhaus,
- breites Kultur- und Vereinsleben durch höhere finanzielle Zuwendungen unterstützt,
- Theatertransformation⁹ (Schauspielsparte zurück ans Theater) massiv mit vorangetrieben,
- in ega und Zoo investiert,
- Sicherung der Kleingärten und Weiterentwicklung des Kleingartenkonzepts,
- Museumskonzept mit erarbeitet,
- Sanierung von Sport- und Schwimmhallen und den RWE finanziell unterstützt,
- das Eingreifen unseres Dezernenten in der Zoopark-Krise 2022 die Situation des Zooparks stabilisiert und die Grundlage für seine positive Entwicklung gebildet.

8.2 Das haben wir noch vor:

Allen Menschen den Zugang zu Kultur- und Freizeitangeboten in Erfurt ermöglichen:

- sichere Finanzierung der ega, der Schwimmbäder und des Zoos, sozialverträgliche Eintrittspreise, insbesondere keine weitere Preiserhöhung für die ega,

⁹ Unter Transformation versteht man den Prozess der Veränderung, vom aktuellen Zustand (IST) hin zu einem angestrebten Ziel-Zustand in der nahen Zukunft. Eine Transformation repräsentiert einen fundamentalen und dauerhaften Wandel.

- vergünstigte Zugangsbedingungen für Familien, Senior:innen und Menschen mit geringem Einkommen,
- freier Eintritt für Kinder in allen Kultur- und Freizeiteinrichtungen,
- kostenloser Eintritt für alle Einrichtungen an bestimmten Tagen, wie bereits bei den Erfurter Museen umgesetzt.

Das reichhaltige Kulturleben unserer Stadt sichern und kontinuierlich erweitern:

- Umsetzung des städtischen Kulturkonzepts und die gemeinsame Weiterentwicklung mit den Akteur:innen in der Stadt,
- Anpassung des Kulturetats, sodass alle städtischen Kultureinrichtungen finanziell abgesichert sind und gut arbeiten können,
- Stärkung der Soziokultur in der Stadt, zum Beispiel durch Etablierung städtischer Graffiti-Flächen, durch „Kulturschutzzonen“ mit besonderen Regelungen für Emissionsschutz und Ordnung, durch eine verbesserte Förderung für den Zughafen als Flaggschiff der Soziokultur und durch die stärkere Förderung von Kulturorten (soziokulturelle Zentren, Kinoklubs) in den Stadtteilen,
- mehr Einfluss des Publikums auf den Spielplan des Theaters Erfurt, damit dessen Verbundenheit mit der Stadt und den Menschen gestärkt wird, und leichter Zugang über Sozialtickets,
- die bessere Integration von Kunstprojekten, insbesondere auch gesellschaftskritischen, in den öffentlichen Raum,
- eine Strategie zur Flächennutzung in der Stadt, die zwischen den Bedürfnissen eines bunten Lebens in der Stadt und dem Ruhebedürfnis der Anwohner:innen abwägt, dabei setzen wir uns für mehr offene Veranstaltungsflächen und eine Stärkung der Draußen-Kultur ein, zum Beispiel durch das Erlauben von Tischen und Stühlen vor Spätis¹⁰,
- eine attraktivere kulturelle Nutzung des Petersbergs, um ihn besser in das Stadtleben zu integrieren,
- ein besseres Angebot an kostengünstig mietbaren Räumlichkeiten für kulturell aktive Menschen in verschiedenen Stadtteilen, um die angespannte Situation bei Atelier-, Kunst- und Proberäumen langfristig zu verbessern,
- die Verbindlichkeit einer Kulturquote bei der Vergabe von Gewerbegrundstücken und Objekten,

¹⁰ Spätkauf oder Späti ist eine vor allem in ostdeutschen Städten gebräuchliche Bezeichnung für einen kleinen Laden, der außerhalb der üblichen Ladenöffnungszeiten geöffnet ist.

- die Bereitstellung von mehr Geld für die Awareness-Arbeit¹¹ in kulturellen Institutionen,
- die Schaffung kostenfreier Plakatflächen in jedem Stadtteil zur Bewerbung nichtkommerzieller Veranstaltungen und damit Stärkung der Kultur vor Ort,
- Sicherung und Erweiterung des Etats für die freie Kunst- und Kulturszene.

Ein breites und erfüllendes Freizeitangebot für alle Erfurter:innen

- Ausbau und Erweiterung der Infrastruktur für den Schulsport, zum Beispiel mit einer neuen Turnhalle laut Schulnetzplan,
- Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel für Investitionen im Zoo - 3 Millionen Euro pro Jahr als Investitionszuschuss,
- ein Investitionsprogramm Sportstätten mit 100 Mio. Euro bis 2030, um unter anderem die Thüringenhalle, die Basketballhalle und die kleine Eishalle zu sanieren,
- Förderung von Kooperationen zwischen (Grund-)Schulen, KiGas und Sportvereinen
- Bewegung ist wichtiger Teil der Gesundheitsvorsorge, auch für die Kleinsten!
- freiere Nutzung von Sportanlagen für den Vereinssport und Erweiterung von öffentlichen Anlagen wie Bolzplätzen, Tischtennisplatten, Skatebowls und Calisthenics-Anlagen¹²,
- Eintrittskarte als ÖPNV-Ticket im gesamten Gebiet des VMT bei Großveranstaltungen im Profisport (Fußball, Basketball, Volleyball),
- vielfältige Stadtfeste, entspanntes Feiern und Grillen in unseren Parks,
- die Schaffung von FKK-Stränden an Erfurter Seen, um der traditionsreichen Badekultur auch in Erfurt Genüge zu tragen,
- die Schaffung von Joggingstrecken in Parks und an Gewässern, um Behinderungen zu minimieren und Fuß- und Radwege zu entlasten,
- deutliche Ausweisung und Trennung von Spielplätzen und Hundewiesen,
- Ausbau der Eishockey-Halle „Kartoffelhalle“ (Eisstadion für die Black Dragons).

Stabile Finanzierung von Kultur und Freizeit in Erfurt

- Erfurts kulturelle, sportliche und freizeitliche Angebote werden häufig von vielen Gästen aus anderen Thüringer Kreisen und Bundesländern in Anspruch genommen.

¹¹ Umfasst die Schaffung von Regeln und die Bereitstellung von Ansprechpersonen und Schutzräumen, um Betroffene vor Gewalt und Diskriminierung, zum Beispiel auf Festivals und anderen Veranstaltungen besser zu unterstützen und zu schützen.

¹² In einer Calisthenics-Anlage gibt es zur sportlichen Betätigung einfache Gerüste, von denen viele den Turngeräten Barren und Reck nachempfunden sind. Daran können mit Eigengewicht Kraft-, Ausdauer und Fitnessübungen durchgeführt werden.

Deswegen drängen wir auf einen Hauptstadtvertrag, um für zentrale Einrichtungen von Kultur und Freizeit eine Mitverantwortung durch das Land zu definieren und einzufordern.

9. Arbeit und Wirtschaft

In Erfurt möchten wir eine Wirtschaftspolitik, die für alle hier lebenden Menschen gute Arbeit und faire Löhne sichert, Möglichkeiten der Beteiligung schafft, kleine und regional verankerte Unternehmen unterstützt und auf den sozial-ökologischen Wandel hinwirkt. Eine breit aufgestellte Wirtschaft ist essentiell für die Entwicklung, Arbeitsmöglichkeiten und Steuereinnahmen der Stadt. Es stellt sich jedoch die Frage: wohin will sich Erfurt in den nächsten Jahrzehnten entwickeln? Dabei stehen für uns Qualität, gute Arbeit und Tarifbindung sowie ein nachhaltiges und sozialverträgliches Wirtschaftskonzept im Vordergrund.

Wir brauchen wertschöpfungsintensive Wirtschaftsansiedlungen, insbesondere in der Halbleiterindustrie, hier kann Erfurt an Erfolge der Vergangenheit anknüpfen. Die Ansiedlung von Forschung und Entwicklung ist für die Stadt zukunftssträchtig und muss gefördert werden. Der Logistikstandort Erfurt muss qualitativ weiterentwickelt werden, dazu gehören auch Gleisanschlüsse für die Logistikzentren und eine Stärkung der Schiene für den Güterverkehr. Insgesamt muss die Verwaltung straffer geführt und in der Verwaltung schneller entschieden werden. Auch die kommunalen Unternehmen müssen in die Pflicht genommen werden, etwa beim Ausbau des Breitbandnetzes und der Fernwärme.

9.1 Das haben wir bereits erreicht:

- die Begrenzung der Vergütung von Geschäftsführer*innen und Vorständen von Unternehmen, an denen die Stadt beteiligt ist, auf maximal das zwanzigfache der untersten Entgeltgruppe (Initiative keine Boni für Geschäftsführer),
- die Zurückdrängung von unsicheren Arbeitsbedingungen in kommunalen Eigenbetrieben und den Ausbau der Tarifbindung,
- die Stärkung der lokalen Kreativwirtschaft (Initiative zu Corona).

9.2 Das haben wir noch vor:

Arbeit:

- Ausbau der öffentlich geförderten Beschäftigung und Einrichtung dauerhaft neuer, gemeinwohlorientierter Arbeitsplätze,
- strikte Einhaltung geltender Tarifverträge für alle Betriebe und Beteiligungen der Stadt, auch bei „Tochter“- und „Enkel“-Unternehmen, und die Ausweitung der Tarifbindung,
- die Unterstützung von lokalen Arbeitskämpfen¹³ durch die Stadt und ihre Vertreter:innen,
- Unterstützung der Beschäftigten in Pflege und Gesundheit bei ihren Forderungen für bessere Arbeitsbedingungen und faire Löhne,
- stärkere Fokussierung der Stadt auf die Sicherung und Förderung von guten Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten in Handwerk, Industrie, Gesundheits- und Dienstleistungssektor,
- die beschleunigte Ausstellung von Arbeitserlaubnissen durch die Ausländerbehörde.

Ausbildung:

- Erhöhung der Ausbildungsquote bei den städtischen Betrieben auf 10 Prozent der Beschäftigten,
- eine Bewerbungsoffensive für Ausbildungsplätze im Rahmen des neuen Personalentwicklungskonzepts,
- die Beschleunigung von Bewerbungsverfahren durch Entbürokratisierung und Personalaufstockung,
- Einstellung von Haupt- und Realschüler:innen mindestens entsprechend ihrem Anteil an den gesamten Schulabgänger:innen eines Jahrgangs in allen städtischen Betrieben, unter anderem durch eine Anpassung der Zugangsvoraussetzungen und Stellenbeschreibungen,
- die Garantie der Lehr- und Lernmittelfreiheit in städtischen Betrieben,
- das kostenlose Angebot von Unterstützungsleistungen in städtischen Betrieben für Auszubildende (z.B. Nachhilfe),
- die Unterstützung der KoWo bei der gezielten Schaffung von Wohnraum für Auszubildende,

¹³ Arbeitskampf ist die Ausübung von Druck durch Arbeitnehmer, durch zum Beispiel Streiks und Boykotte zur Verbesserung von Löhnen und anderen Arbeitsbedingungen.

- die Ausweitung des Studierendentickets auf Auszubildende und Freiwilligendienste.

Betriebe:

- Erhalt und Ausbau der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand,
- Rekommunalisierung (teil)privatisierter Unternehmen und Einrichtungen, die für die öffentliche Infrastruktur von Bedeutung sind, zum Beispiel das Helios-Klinikum im Erfurter Norden,
- Vereinbarung mit allen Beteiligten in der Region über gemeinsame ökologische und soziale Kriterien z. B. bei künftigen Neuansiedlungen,
- Mitspracherechte für Stadtrat und Ortsteilräte bei Vergabeverfahren in den Stadt- und Ortsteilen,
- die Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien bei der Förderung von Unternehmensansiedlungen,
- gezielte Förderung neuer Betriebe, vor allem auf genossenschaftlichen Grundlagen, durch Beratung und die Vergabe von Zuschüssen und Krediten.

Aufträge:

- Bindung der Ausschreibung und Vergabe von öffentlichen Aufträgen an ökologische und soziale Kriterien, Bevorzugung von sozial- und mitbestimmungsorientierten sowie tarifgebundenen Unternehmen mit guten Ausbildungsplätzen,
- Vergabe von städtischen Aufträgen, die nicht ausschreibungspflichtig sind, ausschließlich an städtische, bzw. regionale Firmen,
- Unterbindung des „Outsourcings“¹⁴ von Tätigkeiten aus der öffentlichen Hand zu Dumping-Zwecken¹⁵,
- Bevorzugung von ökologisch unbedenklichen, fair und nachhaltig produzierten beziehungsweise gehandelten Produkten in der öffentlichen Beschaffung der Stadt, zum Beispiel regionales, nachhaltiges und gesundes Essen in Betreuungseinrichtungen wie Schulen und Kindergärten,
- Ausbau der Mitbestimmungsmöglichkeiten des Stadtrates und der Erfurter:innen bei ihren kommunalen Unternehmen.

¹⁴ Outsourcing ist eine Unternehmensstrategie, in der ein Unternehmen nicht alle Leistungen selbst erbringt, sondern externe Unternehmen dafür beauftragt.

¹⁵ Verkauf von Waren „unter Preis“, wodurch meist Einbußen bei der Umwelt und/oder den Arbeitsbedingungen in Kauf genommen werden.

Wirtschaftslogistik

- der Ausbau der Güterlogistik auf der Schiene und die attraktivere Gestaltung der Nutzung,
- die Anbindung der Erfurter Logistikstandorte an den Schienengüterverkehr,
- Ausbau der Erfurter Bahn als Güterbahn für den Zustellverkehr,
- ein Schienengüterverkehrskonzept in Zusammenarbeit mit der FH Erfurt, der Erfurter Bahn und der lokalen Wirtschaft, insbesondere den Industrie- und Logistikunternehmen,
- die Nutzung von Potentialen für die Reaktivierung von Brachflächen für die Industrie,
- die Gewährleistung der ÖPNV- und Radanbindung auch in Gewerbegebieten und Optimierung für Schichtzeiten.

Kleinteiliger Einzelhandel

- stärkere Regionalisierung von Wirtschafts- und Warenkreisläufen,
- Stärkung des kleinteiligen und inhabergeführten Einzelhandels als Teil der lokalen Versorgung in Erfurt, um die Innenstadt vor zu starker Dominanz großer Konzerne zu schützen,
- Unterstützung von Kleinhändler:innen, ihr Angebot online darzustellen - Stärkung der Digitalisierungsprämie und Schaffung eines Erfurter Onlineportals, damit Kleinunternehmer:innen weiterhin wettbewerbsfähig bleiben,
- Unterstützung von Netzwerken und Zusammenschlüssen von Gewerbetreibenden in den Stadtteilen und Pilotprojekte wie „Geflüchtete in Arbeit“ und die Kooperation mit der Sozialarbeit soll gefördert werden.

Sonstiges:

- ausschließlich zivile Nutzung des Flughafens Erfurt und ein generelles Nachtflugverbot,
- Einschränkung des weiteren Flächenverbrauchs durch Lebensmittel-Discounter,
- Erhalt und Förderung landwirtschaftlicher Nutzflächen, insbesondere für den ökologischen Landbau im Stadtgebiet,
- klare Forderung an die lokale Wirtschaft: Tarifbindung und Mitbestimmung sind Standard!
- Ächtung der Behinderung von Gewerkschaftsarbeit und Mitbestimmung,

- Unterstützung alternativer Umnutzungskonzepte für schon länger leer stehende Einzelhandelsflächen.

10. Verwaltung und Digitalisierung

Wer schon einmal eine Veranstaltung anmelden, ein Geschäft gründen wollte oder sein Sozialticket abholen musste, der weiß: Unsere Verwaltung benötigt einen Neustart. Die zuständigen Mitarbeiter:innen kämpfen mit Bergen von Papier, die Antragsteller:innen warten oder sind überwältigt von überfordernden Detailfragen. Wir kämpfen für einen modernen Bürger:innenservice für beide Seiten. Das bedeutet: Digitalisierung für die Junggebliebenen und Erreichbarkeit für alle, die sich den persönlichen Kontakt wünschen. Wir setzen uns für ausreichendes und geschultes Personal ein, das vor Ort helfen kann, für alle, die das erste Mal einen Antrag stellen, ob für die erste Wohnung oder die erste Demonstration. Verwaltung und Digitalisierung müssen Hand in Hand gehen und sich an den Interessen und Bedürfnisse der Erfurter Bürger:innen orientieren.

Das haben wir noch vor:

Verwaltung

- eine sozialverträgliche Preisobergrenze für Wasser, Abwasser, Müllentsorgung und Straßenreinigung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge,
- endlich die Erarbeitung eines modernen Personalentwicklungskonzepts, welches die Attraktivität der städtischen Arbeitsplätze erhöht:
 - allgemeine Absenkung der Vollzeitarbeit auf 35 Stunden pro Woche bei vollem Personalausgleich im Rahmen von Betriebsvereinbarungen innerhalb der städtischen Unternehmen,
 - die Verbesserung der Ausbildungsbedingungen und Zugangsvoraussetzungen,
 - die wirksame Umsetzung der Maßnahmen zur Integration und Teilhabe von Migrant:innen,
 - einen Anteil von Migrant:innen in verantwortlichen Positionen der Stadtverwaltung mindestens entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil,
 - die gezielte Gewinnung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund für Ausbildungsberufe innerhalb der Stadtverwaltung.
- eine offensive Personalgewinnung in Bereichen, in denen akuter Personalmangel herrscht,

- ein städtischen Betriebskindergarten,
- längere Praktika in den Schulen, um den Praxisanteil zu steigern.

Digitalisierung

- die Schaffung von frei zugänglichem WLAN in allen städtischen Gebäuden und öffentlich genutzten Plätzen in jedem Stadtteil,
- Prüfung, ob und an welcher Stelle der Einsatz von Open Source Software in der Verwaltung sinnvoll und nachhaltig ist,
- der Aufbau eines Medienkompetenzzentrums für die Stadt Erfurt, das allen Menschen digitale Bildung in für sie geeigneten Formen unabhängig von sozialen Aspekten oder dem Alter anbietet (Schulungen, Workshops und Fortbildungen für Multiplikator:innen),
- Ausbau des E-Governments¹⁶ und die Etablierung von ökologisch sinnvollen, papierarmen Büroumgebungen in der Stadtverwaltung,
- Unterstützung von Schulen und Hochschulen bei der Nutzung und Erstellung von Open Educational Resources (OER)¹⁷ - Von öffentlich zugänglichen Lehrmaterialien profitieren wir alle.

11. Gleichstellung, Inklusion und Diversität

Etwas mehr als die Hälfte der Erfurter Bevölkerung sind Frauen. Sie sind bekannte Sportlerinnen, Polizistinnen, Krankenpflegerinnen, Mütter, Verkäuferinnen, Führungskräfte, Professorinnen und noch vieles mehr. Ihre Meinung, ihr Wissen und ihre Arbeit sind Grundlage unserer demokratischen Gesellschaft. Und doch: noch immer sind Frauen in Politik und Wirtschaft unterrepräsentiert, werden diskriminiert oder sind spezifischen Gefahren und Gewalt ausgesetzt.

Unsere Gesellschaft und unsere Kultur sind schon immer durch Zuzug und Wegzug geprägt. Wir wollen ein weltoffenes Erfurt, das Menschen willkommen heißt und in dem Migrant:innen von Beginn an Möglichkeiten der Teilhabe und Geflüchtete eine humanitäre Aufnahme finden. Potenziale der Migrant:innen sind eine Chance für Erfurt. Erfurt ist auch ein Schutzraum für Geflüchtete. Alle, die in Erfurt leben – egal, wo sie vorher einmal

¹⁶ E-Government umfasst grob alle Kommunikationsmöglichkeiten im Verwaltungsbereich, die mithilfe digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien unterstützt oder komplett durchgeführt werden sollen. Dazu sind ein Internetzugang sowie passende Hardware und Software nötig. Es kommen elektronische Kommunikationskanäle wie E-Mail, Apps oder Websites zum Einsatz.

¹⁷ Als Open Educational Resources werden freie Lern- und Lehrmaterialien mit einer offenen, frei zugänglichen Lizenz bezeichnet.

gelebt haben beziehungsweise herkommen – sind für uns Erfurter:innen und herzlich willkommen.

Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf aktive Teilhabe. Dies ist unsere feste Überzeugung, und so schreibt es auch die UN- Behindertenrechtskonvention vor. Alle Vorhaben in Erfurt, vor allem Planungs- und Bauvorhaben, müssen nach den Kriterien der Inklusion und Barrierefreiheit geprüft und realisiert werden.

In der Stadt Erfurt sind alle Lebens- und Liebesformen herzlich willkommen. Menschen müssen in Erfurt frei von Diskriminierung leben können. Deswegen haben wir in Erfurt die Gründung eines Queeren Zentrums 2021 und die Vertretung von queeren Menschen in den Stadtratsausschüssen erstritten und fordern Offenheit für verschiedene Lebensentwürfe, die freie Wahl der sexuellen Identität und die Freiheit, nach Belieben zu lieben.

Das haben wir noch vor:

Gleichstellung

- die stärkere Berücksichtigung von Frauen bei der Neubenennung von Straßen,
- die Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten und des -referats sowie die rechtzeitige Einbeziehung bei kommunalen Entscheidungen und die Gewährleistung der Unabhängigkeit ihrer Arbeit ohne Einschränkungen durch mögliche dienstrechtliche Konsequenzen,
- die Unterbindung von sexistischer Werbung durch erweiterte Kontrollen der Stadtverwaltung,
- Umsetzung der Istanbul-Konvention, das heißt Ausbau und die stärkere finanzielle Unterstützung von Frauenhäusern und Beratungsangeboten,
- mehr barrierefreie, geschlechtsunspezifische Toiletten in allen öffentlichen Gebäuden der Stadtverwaltung sowie die Schaffung von ausreichend Wickelräumen und Stilmöglichkeiten,
- Angebot zur anonymen Spurensicherung und psychologischen Erstbetreuung bei sexuellen Übergriffen an allen Krankenhäusern in Erfurt,
- eine offizielle Beteiligung der Stadt Erfurt am jährlichen Equal Pay Day¹⁸,
- keine Kürzungen im Sozialbereich bei Projekten und Vereinen, die für Gleichstellung kämpfen,

¹⁸ Der Equal Pay Day, der internationale Aktionstag für Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern.

- die paritätische Besetzung bei der Auswahl der Referent*innen bei allen kommunalen und durch die Kommune geförderten Veranstaltungen.

Gleichstellung/Arbeit

- allgemeine Absenkung der Vollzeitarbeit auf 35 Stunden pro Woche bei vollem Entgelt- und Personalausgleich im Rahmen von Betriebsvereinbarungen innerhalb der städtischen Unternehmen - das ist die Voraussetzung dafür, dass bezahlte und unbezahlte gesellschaftlich notwendige Arbeit auf Frauen und Männer gleichberechtigt verteilt werden kann,
- eine Frauen-Quote von mindestens 50% für die Verwaltungsspitze und Leitungsebene der Stadt (Fachbereiche, Fachdienste, Eigenbetriebe und Dezernate),
- mehr Fort- und Weiterbildungsangebote für Frauen mit der Option zur Übernahme in Führungspositionen,
- Abkehr von frauendiskriminierenden Kriterien bei Einstellungen, wie z. B. Schlechterstellung durch Ausfallzeiten aufgrund von Kindererziehung,
- die Aufforderung der Stadt Erfurt, den internationalen Frauentag am 8. März als freien Tag für ihre Angestellten zu gewähren,
- anonymisierte Bewerbungsverfahren zur Sicherung der Gleichstellung.

Queer und LGBTIQ

- die Schaffung und Förderung von Bildungsangeboten, u.a. zur Fort- und Weiterbildung bzgl. alternativer Lebensweisen & Beziehungsformen, geschlechtlicher Identitäten und Orientierungen
- der Ausbau der Unterstützung des Queeren Zentrums in Erfurt
- eine Öffentlichkeitskampagne, in der sich die Stadt Erfurt gegen patriarchale, fundamentalistische Unterdrückung sowie Diskriminierung aufgrund von geschlechtlichen Identitäten und sexuellen Orientierungen und für Offenheit, Toleranz und Akzeptanz einsetzt.

Integration

- eine echte und umfassende Willkommenskultur in der Stadt,
- Stopp aller Ausweisungen und Abschiebungen in der Stadt,
- mehrsprachige Dokumente, Stadtpläne, Infoblätter in allen kommunalen Behörden,
- die weitere Stärkung des Ausländer:innenbeirats,

- leichtere Anerkennung von Berufsabschlüssen und Qualifizierungsnachweisen sowie die Anerkennung und einfachere Berücksichtigung non-formaler Qualifikationen auf Landesebene,
- Einsatz gegenüber dem BAMF für den unbürokratischen Zugang zu kostenfreien, allgemeinen und berufsspezifischen Sprachkursen,
- die Förderung, Vernetzung und Qualifizierung von Selbstorganisationen, interkulturellen Vereinen und (ehrenamtlichen) Initiativen der Geflüchteten-Unterstützung,
- die interkulturelle Öffnung der Verwaltung,
- die dezentrale Unterbringung im Asylverfahren, um eine bessere Integration zu ermöglichen, der Ausstieg aus Containerlösungen für die Unterbringung von geflüchteten Menschen,
- Hinwirken auf die Gleichbehandlung aller geflüchteten Menschen unabhängig von ihrer Herkunft,
- Berücksichtigung besonderer Schutzbedarfe, z. B. von Minderjährigen, geschlechtsspezifisch Verfolgten (inklusive queerer Perspektiven) und traumatisierten Menschen.

Inklusion

- Stärkung der Rechte und Pflichten der Erfurter Behindertenbeauftragten und des Behindertenbeirates,
- Umsetzung der EU-Behindertenrechtskonvention und die Überarbeitung des Aktionsplans für Menschen mit Behinderung zusammen mit dem Behindertenbeirat,
- Unterstützung von inklusiven Angeboten in Kitas und Schulen,
- barrierefreier Zugang zu allen Einrichtungen und Dienstleistungsangeboten der Stadtverwaltung, einschließlich der Wahllokale,
- die Verringerung von Bearbeitungszeiten bei Belangen von Menschen mit Behinderungen auf möglichst vier Wochen,
- bedarfsdeckender barrierefreier Wohnraum in allen Stadtteilen zu erschwinglichen Mieten,
- mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in der Stadtverwaltung und den Eigenbetrieben,
- Installation von barrierefreien Ampeln, die Absenkung von Bordsteinkanten an Fussgängerüberwegen und der barrierefreie Straßenbahneinstieg,

- die Ansiedlung von Inklusionsunternehmen, die mindestens 50% ihrer Arbeitsplätze mit schwerbehinderten Menschen besetzen.

12. Ordnung und Sicherheit

Wir stehen an der Seite aller Beschäftigten im Rettungsdienst, bei den Feuerwehren, der Polizei, des Stadtordnungsdienstes und aller Sozialarbeiter:innen, die durch ihren täglichen Dienst an den Bürger:innen unserer Stadt dafür Sorge tragen, dass Erfurt für seine Bewohner:innen eine sichere Stadt ist und bleibt. Sie sind Garanten für einen reibungslosen Ablauf unseres Zusammenlebens. Persönliche Sicherheit wird zuerst durch Prävention generiert.

Derzeit findet um den Erfurter Anger eine Sicherheitsdebatte in der Stadt statt. Bürger:innen artikulieren ihre Empfindung von Unsicherheit. Die auf dem Anger sichtbar werdenden Phänomene wie Alkoholkonsum in Gruppen, Aggression, Gewaltausbrüche und Selbstgefährdungen von Menschen sind Ausdruck von Wohnungslosigkeit, Armut, Sucht und psychischen Erkrankungen. Repression und Verdrängung, wie sie momentan durch den Oberbürgermeister und Ordnungsdezernenten erfolgen, schüren Ängste und Aggressionen und gehen nicht auf die dahinter liegenden sozialen Probleme ein. „Aus den Augen aus dem Sinn“ ist keine Lösung, um Erfurts Konsumzentrum ordentlich erscheinen zu lassen. Immer martialischere¹⁹ Ausrüstung wie z.B. Metallhöcker auf Sitzbänken lehnen wir dementsprechend ebenso ab wie die Verdrängung von Menschen in andere Viertel und an den Stadtrand. Unser Weg ist es, mehr Sozialarbeiter:innen einzustellen, die sich in der Tiefe mit Konflikten auseinandersetzen und diese ohne Repressalien lösen. Die Problematisierung von Geflüchteten und anderen Menschen mit Migrationshintergrund als Sicherheitsrisiko, wie sie in einigen Äußerungen des Unsicherheitsgefühls mitschwingt, weisen wir als unrealistisch und rassistisch zurück.

Gleichzeitig wollen wir uns den unterrepräsentierten Unsicherheitsgefühlen jenseits der Debatte zuwenden. Rassismus – ob in Form von verbalen oder körperlichen Attacken – auf Frauen oder Queers wie auch ältere Menschen und Wohnungslose bekämpfen wir. Wir setzen auf die Förderung von Prävention durch die Kommune – etwa auch in Form von Beleuchtung – wie auf die Zivilcourage der Stadtgesellschaft.

¹⁹ Martialisch bedeutet mit unverhohlener Härte gegen jemanden oder etwas vorgehend; grausam, kriegerisch, furchterregend.

12.1 Wir wollen an erfolgreiche Beispiele kommunaler Sicherheits- und Ordnungspolitik in den letzten Jahren anknüpfen:

- an den Umgang der Stadt mit den Ansammlungen junger Menschen während der Corona-Pandemie, bei dem das Bedürfnis sozialer Kontakte anerkannt wurde,
- an die Umgestaltung der Geraaue im Rahmen der BUGA-Maßnahmen, wodurch die dort eingerichteten und gepflegten öffentlichen Räume (Toilettenanlagen, gute Beleuchtung und Mülleimer) zu neuen sauberen Orten mit hohem Aufenthaltswert und vielen Besucher:innen geführt haben,
- an die Unterstützung von Opfer-Hilfe-Organisationen wie Weißer Ring und Ezra,
- die Förderung von Solidarität und Zivilcourage im Alltag wie im Fall der Kindernotinseln, der Initiative Support in Nord, Awareness-Strukturen im Kulturbereich und die 2023 durch die Stadt initiierte Kampagne Alltagsarmut.

12.2 Das haben wir noch vor:

Umgang mit Kriminalität

- die Reduzierung der Polizeipräsenz auf dem Anger, dafür einen verstärkten Einsatz von Straßensozialarbeiter:innen,
- die Abschaffung der Videoüberwachung und die Aufhebung des diskriminierenden Alkoholverbotes im öffentlichen Raum wie z.B. an der Krämerbrücke,
- Stopp der Verdrängung von migrantischen, wohnungslosen und jungen Menschen,
- die regelmäßige Evaluierung der Begründungen und eingeleiteten Maßnahmen zu „Gefährlichen Orten“ in der Stadt,
- keine neue Institution „Stadtpolizei“ neben der Landespolizei und dem Ordnungsamt,
- Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Sicherheitsbehörden durch qualifizierte Aus- und Fortbildungen und eine gezielte Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund,
- den Erhalt von Mischnutzungskomplexen in den Stadtteilen (Wohnen, Arbeiten und Einkaufen), da ein belebter Raum mehr Sicherheit gibt als Überwachung und Kontrolle,
- eine kritische Bestandsaufnahme von privaten Videokameras im öffentlichen Raum und die Veröffentlichung in einem „Überwachungstransparenz-Stadtplan“,
- die Abschaffung von stationärer Videoüberwachung im öffentlichen Raum,
- Initialisierung einer Debatte über die organisierte Kriminalität in Erfurt – mit einem Fokus auf Vergabeprozesse – auf Basis der Erkenntnisse des

Mafia-Untersuchungsausschusses des Thüringer Landtags sowie der Erkenntnisse des MDR-Recherche-Teams.

Ordnungspolitik in der Stadt

- Erhöhung der Anzahl öffentlicher Mülleimer und die Ausstattung dieser mit Körben für Pfandflaschen,
- einfachere Möglichkeiten für Betreiber:innen von Restaurants, Bistros, Cafés und Spätis, auf Gehsteigen und sonstigen Freiflächen Stühle und Tische aufzustellen,
- die Förderung der Arbeit der Streetworker:innen vor Ort, um die Vertreibung von wohnungslosen Menschen vorzubeugen,
- intelligente und energiesparende Beleuchtung von Wegen und Straßen in der Stadt, insbesondere von aktuell nicht oder schlecht beleuchteten Strecken.
-

Stärkung von Freund:innen, Helfer:innen und Retter:innen

- Fördern von nachbarschaftlicher Fürsorge, die einen Schutz vor Kriminalität bieten kann,
- Schaffung schnellerer Zugangswege für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste,
- schnellstmögliche und vollumfängliche Umsetzung des Standort- und Technikkonzeptes, zum Beispiel durch Instandsetzung und Erneuerung von Fahrzeugen und Technik,
- den Bau einer dritten Rettungswache in Erfurt, damit die Rettungszeit von dreizehn Minuten für alle Erfurter:innen gewährleistet werden kann,
- die Entwicklung von Programmen zur Gewaltprävention und Sensibilisierung für die Arbeit von Rettungsdienst, Feuerwehr, Polizei, Stadtordnungsdienst und Sozialarbeiter:innen,
- Stärkung des zivilen Katastrophenschutzes, unter anderem durch Förderung des Ehrenamtes.

13. Beteiligung, Ortsteile und Bürger:innenservice

Unser Erfurt ist vielfältig und unsere Stadtteile sind alle auf ihre Weise schön und ein Zuhause. Wir lieben die alten Fachwerkhäuser, sind stolz auf die vielen Tourist:innen, die sich von unserer Innenstadt verzaubern lassen, und wir lieben das Treiben auf unseren Stadtfesten mit ihrer überregionalen Anziehungskraft. Dennoch: Erfurt ist mehr als Domplatz und Krämerbrücke. Wir setzen uns für ein ganzheitliches Quartiersmanagement

ein, das die Besonderheiten der Stadtteile berücksichtigt und das Beste aus ihnen herausholt. Wir kämpfen für belebte Einkaufsstraßen mit Cafés, Freizeitangeboten, Ärzt:innenpraxen und Geldautomaten außerhalb des Stadtkerns. Wir verhandeln mit Wohnungsbaugenossenschaften für attraktiven Wohnraum und fördern die Zusammenarbeit mit Ortsteilbürgermeister:innen und Ortsteilrät:innen, um Stadtteile nach den Vorstellungen der vor Ort Lebenden zu gestalten.

Das haben wir noch vor:

Beteiligung

- die Stärkung der direkten Demokratie durch verbesserte Bedingungen für Bürger:innenbegehren und Bürger:innenentscheide,
- die Durchführung von Bürger:innenentscheiden zu politisch bedeutsamen Fragen und grundlegenden finanziellen Entscheidungen der Stadt (z. B. Bürger:innenhaushalt),
- die Stärkung und den Ausbau öffentlicher Beteiligungsprozesse bei der Stadtentwicklung.

Ortsteilräte

- die Schaffung neuer Ortsteilräte,
- die verbindliche Berücksichtigung von Belangen der Ortsteilräte im Stadtrat, stärkere Einbindung in Entscheidungsprozesse und Durchführung von Stadtteilversammlungen,
- die Verdoppelung der finanziellen Ausstattung der Ortsteilräte,
- Einrichtung einer eigenen Koordinationsstelle zur Vernetzung der Ortsteilräte untereinander, um so die Interessen der Ortsteilräte gegenüber der Stadtregierung zu bündeln und zu stärken.

Bürger:innenservice

- einfache verständliche Sprache in Kommunikation mit Behörden und städtischen Betrieben zum Beispiel durch Umformulierung von Antragsformularen etc.,
- eine transparente und bürger:innenfreundliche Informationspolitik der Stadtverwaltung,
- vollständige Digitalisierung sämtlicher Anträge bis 2030.

14. Frieden und Antifaschismus

Faschist:innen bedrohen die offene, friedliche und demokratische Gesellschaft in Erfurt. Der Rechtsruck in Parteienlandschaft und Gesellschaft ist deutlich spürbar und Antifaschismus ist heute noch wichtiger als vor einigen Jahren. Die Linke wird auf keinerlei Ebene mit ihnen kooperieren, im Gegenteil, wir mobilisieren alle Kräfte, die sich demokratischen Werten verbunden fühlen und sich ihnen gegenüberstellen. Dabei kommt dem Agieren der Stadt Erfurt (Oberbürgermeister:in, Bürgermeister:innen, Stadtrat und Ordnungsbehörde) eine besondere Verantwortung zu und zwar in enger Abstimmung und Kooperation mit der Zivilgesellschaft. Ebenso sind verschiedene neonazistische Gruppen, wie Kontrakultur und Knockout 51, nach wie vor präsent in der Stadt. Sie treten auf den regelmäßig stattfindenden Coronaleugnerdemos auf und schreiten offen zur Tat. In den letzten fünf Jahren gab es zahlreiche Angriffe von Neonazis auf Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen, dafür stehen Attacken am Herrenberg, an der Staatskanzlei, in Illversgehofen sowie in der Straßenbahn. Als Die Linke tun wir alles, um weitere Angriffe zu verhindern und die Infrastruktur der Neonazis in Erfurt in Bedrängnis zu bringen.

Die Linke ist eine Friedenspartei. Frieden ist das höchste Gut der Menschen. Deshalb beschloss der Stadtrat 1991, Erfurt den verpflichtenden Beinamen „Stadt des Friedens“ zu geben. Als Die Linke setzen wir uns auf allen Ebenen für verhandlungsorientierte und nicht-militärische Lösungen ein. Das öffentliche Werben für die Bundeswehr und kriegerische Zwecke lehnen wir ab. Friedensinitiativen unterstützen wir.

14.1 Das haben wir bereits erreicht:

- eine gemeinsame konsequente Ablehnung der Anträge und Vorstöße der AFD durch alle Kräfte im Stadtrat,
- die Unterstützung antifaschistischer Gruppen wie der Naturfreundejugend, der Omas gegen Rechts und der Falken sowie antifaschistischer und dekolonialer Initiativen, zum Beispiel zur Schaffung eines Gedenkortes für die Bücherverbrennung und zur Umbenennung des Nettelbeck-Ufers,
- Maßnahmen gegen die Etablierung faschistischer Strukturen in Erfurt-Südost,
- finanzielle Unterstützung des Landesaktionsprogramms für Demokratie und Courage,
- die Auslösung einer Kampagne gegen Rassismus durch die EVAG.

14.2 Das haben wir noch vor:

Frieden

- ein Verbot von öffentlichen Veranstaltungen der Bundeswehr in Erfurt,
- keine Werbung der Bundeswehr an Haltestellen und Fahrzeugen des ÖPNV und SPNV,
- die ausschließlich zivile Nutzung des Flughafens Erfurt,
- Kündigung der Patenschaft der Stadt zur Fregatte „Erfurt“,
- Unterstützung von Initiativen für Abrüstung und die friedliche Lösung von Konflikten durch Erfurt als „Stadt des Friedens“.

Antifaschismus

- keine Kooperation mit der AfD - auf keiner personellen und politischen Ebene,
- die regelmäßige Unterrichtung des Stadtrats über rechtsextrem motivierte Vorfälle und Straftaten in Erfurt und Umgebung,
- die Aufnahme einer Antifaschismus-, Antisemitismus- und Antirassismusklausel in die Geschäftsordnung und Hauptsatzung des Stadtrates - faschistische Parolen und sonstige Äußerungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit dürfen keinen Platz haben,
- Anerkennung und Rehabilitation aller Opfer und Verfolgten des Nationalsozialismus, um ein angemessenes und würdiges Gedenken zu ermöglichen und zu fördern,
- die Förderung von generationsübergreifender Geschichtsarbeit, bei der die Aufarbeitung des Faschismus im Mittelpunkt steht und die koloniale und imperialistische Vergangenheit Deutschlands und deren bis heute vorhandene, unsichtbar gemachte Auswirkungen auf unsere Gegenwart mitbedacht werden,
- die Schaffung einer eigenen Erinnerungskultur an die Opfer rechter Gewalt der Gegenwart,
- mehr öffentliche Bezugspunkte für eine antifaschistische Gedenkkultur in den verschiedenen Stadtteilen,
- keine kommunalen Räume für offen rassistisch handelnde Vereine und Überprüfung von deren Gemeinnützigkeit,
- Förderung der demokratischen Zivilgesellschaft in der Stadt und aktive Unterstützung bestehender Netzwerke gegen Rassismus und Antisemitismus sowie die Arbeit von MOBIT und anderen Initiativen, zum Beispiel durch die unbürokratische Bereitstellung von Räumen und finanziellen Mitteln,
- die Umbenennung kolonialer und faschistischer Straßennamen.